

Gleiche Güter, andere Preise



Regionalpreisindex. Vom Tanken über den Einkauf bis zur Miete – wie viel die Bundesbürger für die einzelnen Güter zahlen müssen, unterscheidet sich je nach Region und Wohnort. Statistisch flächendeckend erfasst wurde das bislang noch nicht. Nun haben das IW und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung erstmals einen Regionalpreisindex für das gesamte Bundesgebiet aufgesetzt. Im iwd-Interview erklärt IW-Ökonom Christoph Schröder, welche Erkenntnisse er und seine Kollegen daraus ziehen und wie sie den Index weiterentwickeln wollen.

—> [Seiten 2-5](#)

Digitalisierung

Erste Studien zu den Beschäftigungseffekten durch künstliche Intelligenz deuten nicht darauf hin, dass diese in großem Stil Jobs ersetzen wird.

—> [Seite 6](#)

Entgeltfortzahlung

Unternehmen haben im Jahr 2022 so viel für krankgeschriebene Arbeitnehmer gezahlt wie nie zuvor. Und die Kosten dürften weiter steigen.

—> [Seite 10](#)

Alles hat seinen Preis

Regionalpreisindex. Seit Beginn des Ukraine-Kriegs schauen viele Menschen monatlich auf die Inflationsrate. Wie teuer das Leben an ihrem Wohnort im bundesweiten Vergleich ist, wissen die Bürger dadurch aber noch nicht. Das IW und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung haben deshalb erstmals einen umfassenden Regionalpreisindex erstellt.

687 Güterklassen, rund 300.000 Daten – auf dieser Grundlage errechnet das Statistische Bundesamt jeden Monat die Inflationsrate. Und dennoch: Um regionale Unterschiede bei den Preisen zu belegen, reicht die Zahl der Informationen bei Weitem nicht aus.

In manchen Bereichen des täglichen Lebens gibt es regionale Rankings, beispielsweise für Wohnkosten. Aber auch hier dasselbe Problem: Eine Aussage über das generelle Preisniveau in einer Region der Bundesrepublik lässt sich damit nicht treffen.

Diese statistische Lücke haben nun das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in einem gemeinsamen Projekt geschlossen. Ziel der Partner war es, eine valide Datenbasis zu schaffen: Mittels automatisierter Datenerfassung von diversen frei zugänglichen Internetseiten – dem sogenannten Web Scraping – sammelten die Forscher große Informationsmengen. Anschließend gewichteten sie die Daten und erstellten einen Regionalpreisindex. Das Ergebnis (Grafik):

Das höchste Preisniveau in Deutschland hat mit Abstand die Stadt München.

Die bayerische Landeshauptstadt liegt mehr als 25 Punkte über dem mittleren Indexwert von 100. Und auch um die Millionenmetropole

herum sieht es kaum anders aus. Der Landkreis München belegt Platz zwei im Ranking. Die an München grenzenden Landkreise Starnberg (Platz fünf), Fürstfeldbruck (Platz neun) und Dachau (Platz elf) sind ebenfalls weit vorn verortet.

Generell liegen viele teure Regionen im Süden der Republik:

Acht der zehn Städte und Kreise mit den höchsten Preisindizes sind in Bayern und Baden-Württemberg zu finden. Dazu gesellen sich noch Frankfurt am Main und die Hansestadt Hamburg.

Das unterstreicht wiederum eine andere Erkenntnis – in den größten deutschen Städten sind die Preise überdurchschnittlich. Sechs der sieben einwohnerstärksten Städte rangieren auf den ersten 16 Plätzen, lediglich Berlin auf Position 38 hat ein etwas niedrigeres Preisniveau. Die teuerste Stadt aus den ostdeutschen Bundesländern ist Potsdam auf Rang 29.

Am anderen Ende der Preisskala finden sich vermehrt Regionen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sieben der zehn Städte und Kreise mit den niedrigsten Preisindizes gehören zu diesen drei Bundesländern. Zu beachten ist dabei, dass die günstigsten 20 Städte und Landkreise beim Preisniveau ganz dicht zusammenliegen.

Und wer ein Faible für den Durchschnitt hat, ist in Braunschweig oder im Landkreis Neumarkt in der

Oberpfalz richtig, denn dort liegt der Indexwert exakt bei 100.

Die Forscher haben sich auch angesehen, welche Bereiche im Wesentlichen für die Preisunterschiede verantwortlich sind. Das Ergebnis ist eindeutig:

Der Faktor Wohnen hat den größten Einfluss auf den Preisindex einer Region.

Rechnet man die Wohnkosten aus den gesamten Preisdaten heraus, hat der Index nur noch eine Spanne von 104,2 in Stuttgart bis 98,3 im Landkreis Leer in Niedersachsen statt von 125,1 bis 90,5.

Ein weiteres Beispiel für die Relevanz der Wohnkosten: Der Voigtlandkreis als günstigster Kreis im Ranking hat 32 Prozent niedrigere Kosten für das Dach überm Kopf als der Durchschnitt, ist bei allem anderen aber nur 0,3 Prozent günstiger.

Insgesamt ist das Preisniveau im Osten 4,3 Prozent niedriger als in den westdeutschen Bundesländern. Dadurch verringert sich die nominale Einkommensdifferenz zwischen Ost und West in der realen Betrachtung. Die unterschiedlichen Preise sorgen somit für gleichwertigere Lebensverhältnisse in Deutschland.

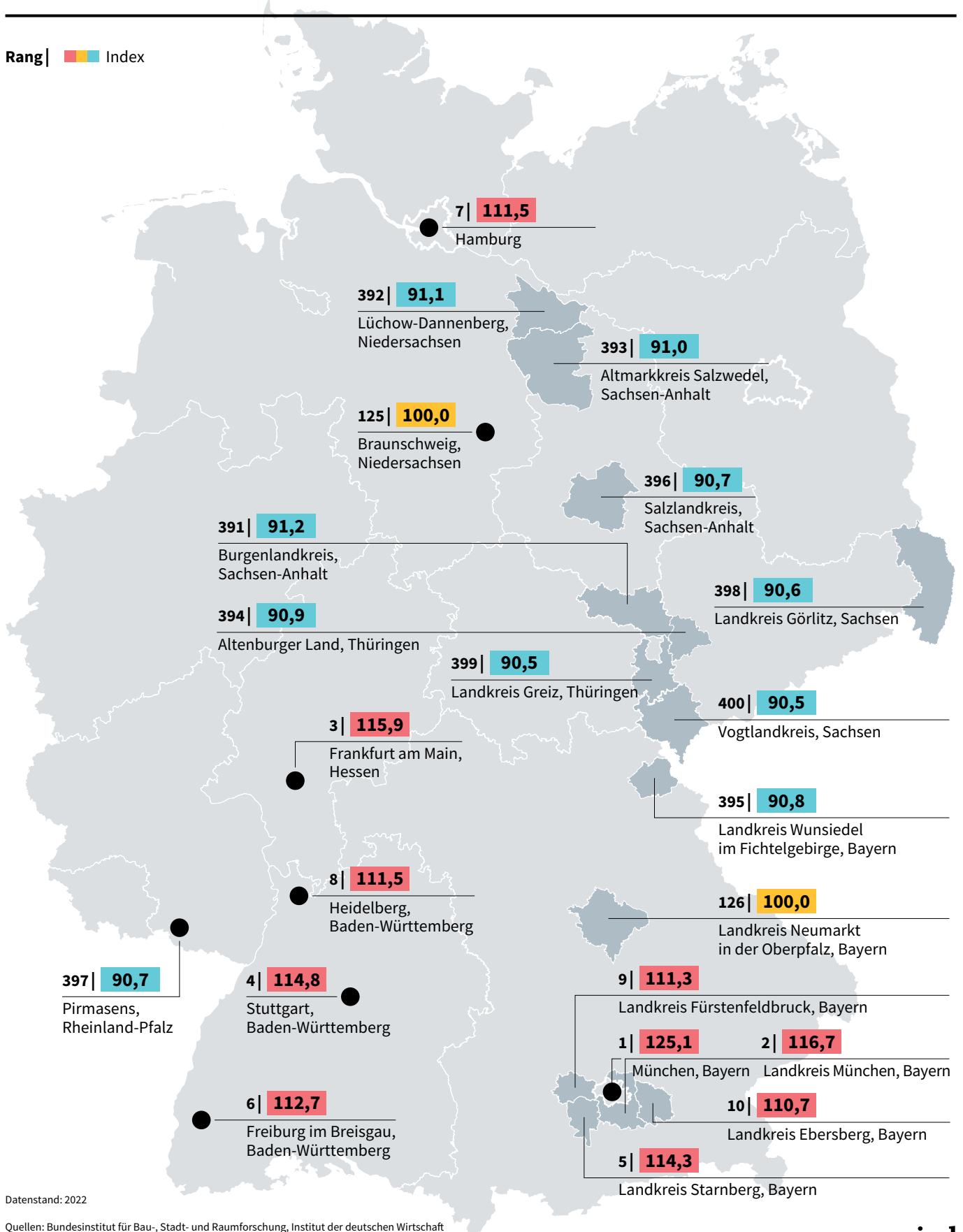
Gutachten

Christoph Schröder et al.: Regionaler Preisindex für Deutschland – ein neuer Erhebungsansatz mit Big Data
iwkoeln.de/preisindex

IW/BBSR-Regionalpreisindex: Teurer Süden

Der Regionalpreisindex erfasst die Verbraucherpreise für einen repräsentativen Warenkorb auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland, bundesweiter Durchschnitt = 100

Rang | Index



Datenstand: 2022

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd

Interview. Zusammen mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat das Institut der deutschen Wirtschaft einen Regionalpreisindex entwickelt. Im iwd-Interview erklärt IW-Ökonom **Christoph Schröder**, welchen Mehrwert der Index schafft und was sich aus den Daten ableiten lässt.

„Wir haben mit unserem Preisindex einen Standard gesetzt“

Was ist das Besondere am neuen regionalen Preisindex von IW und BBSR?

Bisher gab es in Deutschland nur vereinzelte Anläufe, einen regionalen Preisindex zu erstellen. Dies liegt vor allem an der aufwendigen Datenerfassung. Dank unserer Big-Data-Abteilung konnten wir nun einen ganz neuen Weg beschreiten. Dabei haben wir mittels Web Scraping – also der automatisierten Extraktion von frei zugänglichen Daten aus dem Internet – Millionen von Daten verschiedener Websites erhoben und anhand derer die Preise für alle Städte und Landkreise in Deutschland ermittelt. In die Berechnung fließen zum Beispiel die Preise von Hunderten Produkten aus insgesamt 1.500 Rewe-Filialen ein, bei den Tankstellen haben wir eine bundesweite Vollerfassung und auch die regionalen Durchschnittsmieten sind Teil der Datengrundlage.

Ist der Preisindex eine einmalige Sache oder ein dauerhaftes Instrument?

Wir haben das Ganze so aufgesetzt, dass wir die Daten möglichst leicht aktualisieren können. Das Ziel ist es, mindestens einmal pro Jahr einen regionalen Preisindex zu veröffentlichen. So können wir auch die Entwicklung der Preisniveaus in den Städten und Regionen Deutschlands empirisch nachzeichnen.

Welche Erkenntnisse können Sie aus den Ergebnissen ziehen?

Wirtschaftszentren und ihr Umland sind am teuersten. München ragt heraus mit einem Preisniveau, das 25 Prozent über dem Durchschnitt liegt. Der Grund dafür sind vor allem die hohen Mieten dort. Aber auch die kleineren Universitätsstädte Freiburg und Heidelberg sind vergleichsweise teuer. Hier spielt wahrscheinlich auch die touristische Attraktivität des Umlands eine Rolle.

Wohnkosten sind die treibende Kraft für die Preisunterschiede in Deutschland. Welche Ableitung lässt sich daraus ziehen?

Die Ergebnisse zeigen, dass die Grundkonstruktion unseres sozialen Sicherungssystems zu den Preisunterschieden passt. Über das Bürgergeld haben wir bundesweit konstante Sätze für den Grundbedarf der Bundesbürger, bis zu gewissen Grenzen werden dabei auch die Wohnkosten übernommen. Und in Deutschland gibt es jetzt ein erweitertes Wohngeld, das auch Menschen mit Mindestlohn in teuren Regionen unterstützt und so einen Ausgleich schafft. Wir haben also eine große regionale Streuung bei den Transferleistungen. Kurz gesagt: Da, wo es teuer ist, werden die Menschen stärker unterstützt.

Was sind weitere Erkenntnisse?

Es gibt keine Ausreißer nach unten. Der Vogtlandkreis als güns-



Foto: IW Medien

tigste Region liegt nur rund 10 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Allgemein haben am unteren Ende des Rankings viele Landkreise ein sehr ähnliches Preisniveau. Rechnet man die Wohnkosten heraus, beträgt die Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Indexwert gerade einmal 6 Prozent

Der Unterschied des Preisniveaus zwischen Ost und West beträgt in Ihrem Index 4,3 Prozent, beim Gehalt ist die Lücke aber deutlich größer ...

Der Durchschnittswert für Ostdeutschland beinhaltet auch die Preise in Berlin, die eher auf westlichem Niveau liegen. Rechnet man die Hauptstadt raus, liegt die Differenz schon zwischen 6 und 7 Prozent. Außerdem muss man die Gehälter auch in Relation zur Produktivität setzen. Es gibt relativ wenig große Unternehmen im Osten und auch Niedriglohnbranchen sind im Osten

stärker vertreten. Rechnet man diese Strukturunterschiede einschließlich der Unterschiede im Preisniveau heraus, beträgt die Lohnlücke zwischen Ost und West laut einer aktuellen Studie nur noch 5 Prozent.

Könnten die Preisunterschiede in Deutschland auch dazu genutzt werden, Gehälter stärker zu regionalisieren?

Beim Mindestlohn wird ja bereits diskutiert, ob eine Regionalisierung Sinn ergibt. Der Grundgedanke dahinter ist, dass der Mindestlohn überall in Deutschland tragbar sein soll und möglichst eine gleich hohe Kaufkraft ermöglicht. Die Idee ist interessant, dürfte aber schwer umsetzbar sein, wenn der Mindestlohn in preisgünstigen Regionen dann sinken oder eine längere Zeit gleich bleiben müsste. Zudem sollte die Mindestlohnkommission weiterhin über die Höhe des Mindestlohns entscheiden.

Gibt es Pläne, den Preisindex künftig mit Einkommensdaten zu verknüpfen und somit eine Art regionalen Kaufkraftindex zu erstellen?

Erst mal haben wir mit dem Regionalpreisindex einen Standard gesetzt und eine Datengrundlage geschaffen. Beides wollen wir weiter etablieren. Wir planen aber auch schon, den Index zu erweitern, indem wir die Einkommen einbeziehen. Man kann den Index natürlich auch für verschiedene Personengruppen durchspielen, die unterschiedliche Verbrauchsstrukturen haben, etwa für Singles oder Familien. Es sind viele Varianten möglich, um die abstrakten Durchschnittsdaten des Indexes herunterzubrechen auf bestimmte Haushaltstypen.



KI - Konkurrent oder Kollege?

Digitalisierung. Die Forschung zu den Beschäftigungseffekten von künstlicher Intelligenz auf einzelne Berufe steht noch am Anfang. Dennoch lassen sich erste Tendenzen erkennen, wie eine IW-Studie zeigt.

Ob künstliche Intelligenz (KI) Arbeitsplätze vernichtet oder nicht, ist ein viel diskutiertes Thema. Dabei ist die Fragestellung alles andere als neu: Bereits bei der Einführung des mechanischen Webstuhls äußerten Beschäftigte Sorgen, dass eine Maschine künftig ihre Arbeit übernimmt. Auch diesmal ist es so (Grafik):

Eine OECD-Befragung in sieben Industriestaaten im Jahr 2022 ergab, dass sich 23 Prozent der Beschäftigten im Finanzsektor und 19 Prozent derjenigen, die

im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, große oder sehr große Sorgen machen, in den nächsten zehn Jahren wegen KI ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

In Unternehmen, die bereits künstliche Intelligenz nutzen, kennen auch viele Beschäftigte Kollegen, die deshalb ihren Job im selben Betrieb verloren haben: Im Finanzsektor bestätigten diese Aussage 20 Prozent der Mitarbeiter, im Verarbeitenden Gewerbe taten dies 15 Prozent. Wie viele Entlassungen es tatsächlich gegeben hat, ist allerdings nicht klar – rein theoretisch könnte in jedem Unternehmen nur eine Person ihren Job durch KI verloren haben, weil alle zustimmenden Befragten sich genau auf diese Person beziehen.

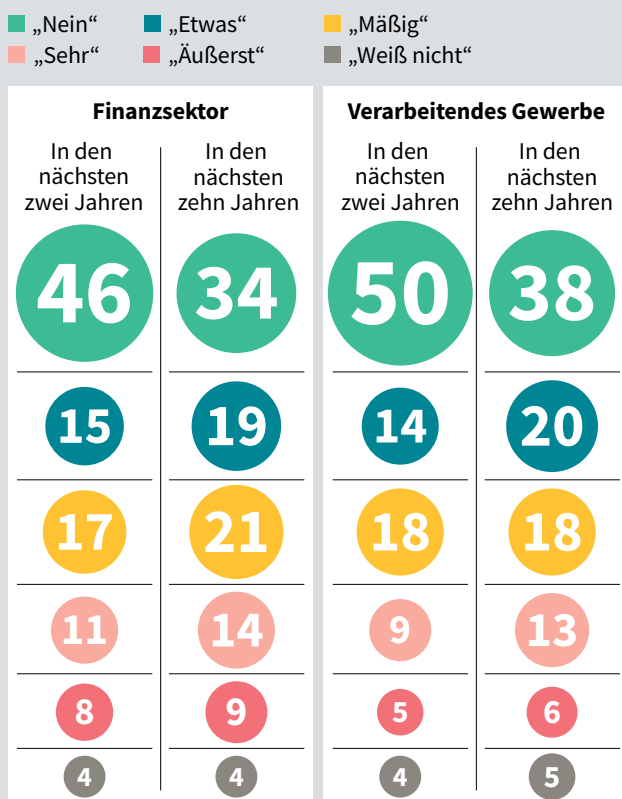
Die Forschung zu Beschäftigungseffekten durch künstliche Intelligenz steht zwar noch am Anfang – erste wissenschaftliche Befunde deuten aber nicht auf starke negative Einflüsse hin, wie eine neue IW-Studie zeigt. Die ausgewerteten empirischen Analysen lassen vielmehr erkennen, dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz primär zur Reorganisation von Arbeitsprozessen und -aufgaben innerhalb eines Berufs führt, weniger zur Rationalisierung und Substitution einer Tätigkeit.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Analyse von Daten des IW-Zukunftspanels vom Frühjahr 2022. Die Antworten der knapp 2.900 befragten Betriebe aus dem Verarbeitenden Gewerbe, der Versorgung, dem Bau, der Logistik sowie den unternehmensnahen Dienstleistungen zeigen: Es gibt keinen strukturellen Zusammenhang zwischen der Einführung von KI und der Beschäftigtenzahl der Unternehmen.

Zu beachten ist aber, dass sowohl das jüngste IW-Zukunftspanel als auch die untersuchten empirischen Studien vor dem Start der KI-Sprachmodelle ChatGPT oder Google Bard veröffentlicht wurden, sodass deren potenzielle Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt noch nicht berücksichtigt werden konnten.

KI: Die Sorgen der Beschäftigten

So viel Prozent der Beschäftigten aus sieben Industriestaaten antworteten im Jahr 2022 auf die Frage „Befürchten Sie, aufgrund des Einsatzes von künstlicher Intelligenz in den nächsten zwei/zehn Jahren Ihren Job zu verlieren?“ mit...



Befragung von 2.562 Beschäftigten im Finanzsektor und 2.772 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland, Frankreich, Irland, Kanada, Österreich, dem Vereinigten Königreich und den USA

Quelle: OECD
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 55/2023

Andrea Hammermann, Roschan Monsef, Oliver Stettes: KI und der Arbeitsmarkt – Eine Analyse der Beschäftigungseffekte
iwkoeln.de/ki-arbeitsmarkt

Arbeit, wechsle dich

Arbeitsmarkt. Die Arbeitskräftefluktuation ist in Deutschland seit Jahren recht konstant. Im ersten Jahr der Coronapandemie wechselten allerdings deutlich weniger Menschen ihren Job als sonst. Der Einfluss der wirtschaftlichen Lage auf die Fluktuationsrate ist auch jetzt zu spüren.

Wenn eine Person ein Unternehmen verlässt und eine neue die Aufgaben übernimmt, sprechen Personaler von Fluktuation. Die Fluktuationsrate wiederum beschreibt die Relation von neu begonnenen oder beendeten Jobs zum durchschnittlichen Beschäftigtenbestand. Je mehr Arbeitsplatzwechsel es demnach gibt, umso höher ist die Fluktuationsrate.

Die treibende Kraft dieser Kennzahl sind die Arbeitnehmer. Ihre Kündigungen waren mit knapp 42 Prozent im Jahr 2021 der häufigste Grund für das Ende einer Beschäftigung. In einem Fünftel der Fälle kam die Kündigung vom Betrieb, in jedem zehnten Fall lief ein befristeter

Arbeitsvertrag aus. Weitere Gründe für Personalabgänge waren unter anderem einvernehmliche Aufhebungen des Arbeitsvertrags oder Renteneintritte (knapp 9 Prozent).

In Deutschland lag die Fluktuationsrate jahrelang auf einem stabilen Niveau – zwischen 2004 und 2019 fast durchgängig zwischen knapp 31 und gut 33 Prozent. Dann kam die Coronapandemie, durch die der Wert im Jahr 2020 unter 30 Prozent sank. Insgesamt wurden rund 1,3 Millionen weniger Beschäftigungsverhältnisse begonnen und 820.000 weniger beendet als 2019. Im vergangenen Jahr wechselten Arbeitnehmer den Job im Schnitt aber schon wieder so oft wie vor der Krise (Grafik):

Im Jahr 2022 lag die Fluktuationsrate in Deutschland bei rund 33 Prozent.

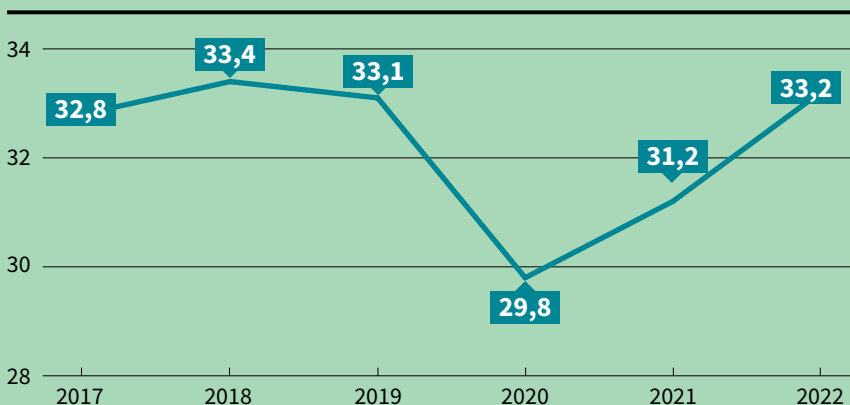
Der Grund für den Ausreißer während der Pandemie: Wenn die Wirtschaft schrumpft, halten sich Arbeitgeber mit Neueinstellungen zurück. Arbeitnehmer sind in unsicheren Zeiten zudem meist weniger gewillt, den Job zu wechseln.

Wenn die Wirtschaft wächst, steigt dagegen die Nachfrage nach Arbeitskräften, da Unternehmen ihre Produktion ausweiten und neue Projekte starten. Aus Arbeitnehmer-sicht heißt das: bessere Chancen auf Jobs mit höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen, sodass die Beschäftigten tendenziell häufiger den Arbeitsplatz wechseln.

Die neusten verfügbaren Daten unterstreichen den Zusammenhang zwischen Fluktuation und Konjunktur: Im vierten Quartal 2022 stagnierte das Bruttoinlandsprodukt hierzulande – und die Fluktuationsrate blieb nahezu unverändert. Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Flaute ist somit davon auszugehen, dass es im gesamten Jahr 2023 wieder weniger Personalbewegungen geben wird.

Fluktuation wieder auf Vorkrisenniveau

Fluktuationsrate in Deutschland in Prozent



Fluktuationsrate: Durchschnitt aus neu geschlossenen und beendeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Relation zum durchschnittlichen Beschäftigtenbestand

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 69/2023

Roschan Monsef: Arbeitskräftefluktuation – Corona-Tief überwunden, neue Rezessions-sorgen spürbar

[iwkoeln.de/fluktuation-2023](https://www.iwkoeln.de/fluktuation-2023)

Brüssel bewegt Milliarden

Europäische Union. Über den Haushalt der EU wird viel Geld innerhalb der Staatengemeinschaft umverteilt. Im vergangenen Jahr war Deutschland erneut der größte Nettoszahler, während die mittel- und osteuropäischen Länder per saldo die höchsten Zahlungen aus den Brüsseler Töpfen erhielten.

Bei den vielen politischen Debatten oder gar Streitigkeiten, die die Europäer untereinander austragen, kann man es leicht übersehen: Die EU kennt grundsätzlich keine Verlierer. So bringt etwa der Binnenmarkt allen Mitgliedsstaaten Vorteile, weil er den grenzüberschreitenden Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr erleichtert und die Freizügigkeit von Arbeitnehmern ermöglicht.

Dennoch ist es sinnvoll zu fragen, welches Land wie viel Geld in den EU-Haushalt einzahlt beziehungsweise daraus erhält. Unter anderem lässt sich so klären, ob Länder mit einem vergleichbaren Wohlstandsniveau einen ähnlich hohen Zahlungssaldo verzeichnen.

Insgesamt flossen im Jahr 2022 gut 151 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt an die Mitgliedsstaaten. Finanziert werden die Ausgaben überwiegend aus den von den einzelnen Ländern gezahlten Beiträgen, die sich am jeweiligen Bruttonationaleinkommen (BNE) und an der Mehrwertsteuer bemessen.

Absolut gesehen war Deutschland im vergangenen Jahr mit Abstand der größte Financier der EU:

Per saldo zahlte Deutschland 2022 gut 19,7 Milliarden Euro in

den EU-Haushalt ein, deutlich dahinter folgte Frankreich mit rund 10 Milliarden Euro.

Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich der deutsche Nettobeitrag zwar um 1,7 Milliarden Euro, verglichen mit der Zeit vor dem Brexit ist er aber immer noch deutlich höher: Im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2020 hatte Deutschland per saldo 13,5 Milliarden Euro in den EU-Haushalt eingezahlt. Die aktuelle Rezession hierzulande könnte allerdings dazu führen, dass die deutsche Nettoszahlung an den EU-Haushalt 2023 weiter rückläufig sein wird.

Der weitaus größte Nettoempfänger von EU-Geldern war im vergangenen Jahr Polen mit mehr als 11,9 Milliarden Euro, gefolgt von Rumänien und Ungarn.

Da sowohl die Beiträge an den EU-Haushalt als auch die Zahlungen daraus stark von der Größe der einzelnen Länder beeinflusst werden, lassen sich Nettopositionen besser vergleichen, wenn man sie auf die jeweilige Wirtschaftsleistung bezieht (Grafik):

Mit einem Nettobeitrag von 0,51 Prozent seines BNE ist Deutschland auch relativ betrachtet der größte Nettoszahler der EU,

der Abstand zu Frankreich (0,38 Prozent) und den Ländern auf den nachfolgenden Rängen verringert sich aber erheblich.

Im Ranking der Nettoempfänger liegen nun neben Ungarn die baltischen Staaten ganz vorn – die ihnen per saldo gewährten EU-Finanzmittel beliefen sich im Jahr 2022 jeweils auf 2,5 bis 2,6 Prozent des BNE.

Hauptsächlich fließen die EU-Gelder in die Bereiche „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ – also vor allem die Agrarwirtschaft – sowie „Zusammenhalt und Werte“. Bei Letzterem geht es um die sogenannte Kohäsionspolitik, also Projekte, die in erster Linie die wirtschaftlich benachteiligten Regionen in der EU unterstützen sollen.

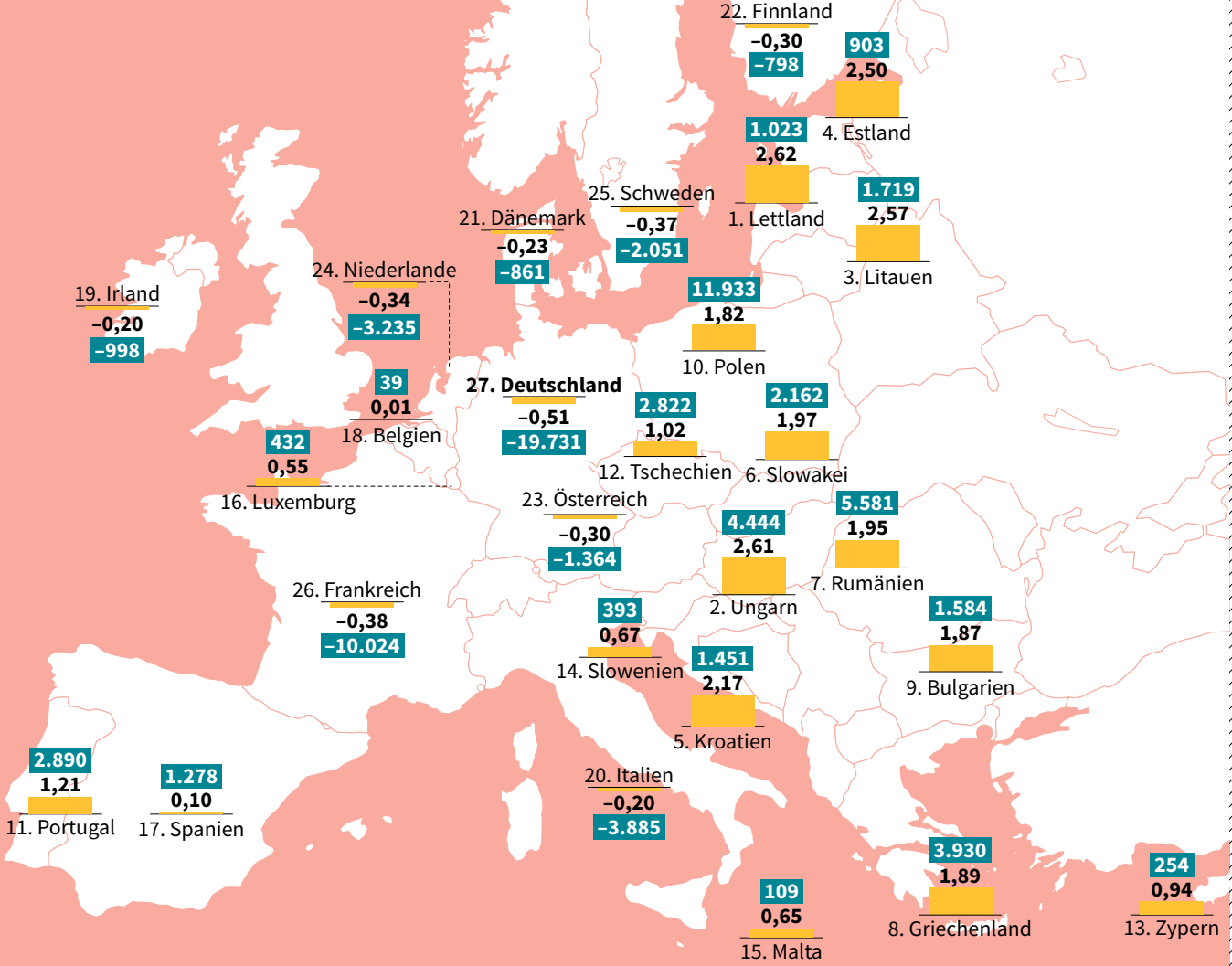
Betrachtet man nur die Finanzströme für die Agrarhilfen, sind die größten Nettoempfänger – wiederum gemessen am BNE – Griechenland, Bulgarien, Litauen, Lettland und Ungarn. Deutschland ist auch bei der Agrarpolitik Nettoszahler, mit 0,17 Prozent des BNE leistet es aber nur den fünftgrößten Beitrag. Ganz vorn liegen Malta (0,23 Prozent) und Belgien (0,22 Prozent).

Wichtigste Profiteure des Kohäsionshaushalts sind die mittel- und

EU: Deutschland ist größter Nettozahler

Finanzielle Mittel, die ein Mitgliedsstaat aus dem EU-Haushalt erhält, abzüglich der Beitragszahlungen an die EU im Jahr 2022

■ in Prozent des Bruttonationaleinkommens
■ in Millionen Euro



Salden: ohne Zolleinnahmen, Verwaltungsausgaben und Ausgaben in Drittländern

Quellen: EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



osteuropäischen Staaten wie Ungarn, die Slowakei, Lettland, Estland und Litauen – sie bekamen im vergangenen Jahr netto zwischen 1,5 und 2 Prozent ihrer jeweiligen Wirtschaftsleistung an Kohäsionsmitteln von der EU. Auf der Geberliste für diese Hilfen stand zuletzt Frankreich mit 0,32 Prozent des BNE ganz oben, Deutschland belegte mit 0,28 Prozent Rang vier.

Zum regulären EU-Haushalt sind seit 2020 noch die Zahlungen hinzugekommen, die der kreditfinanzierte Fonds „NextGenerationEU“ (NGEU) gewährt. Er wurde geschaffen, um die Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung der Pandemiefolgen zu unterstützen. Mit Zuschüssen in Höhe von gut 1,8 Prozent seines BNE war Kroatien im Jahr 2022 der größte Nettoempfänger der NGEU-Mittel,

Bulgarien kam auf knapp 1,6 Prozent. Die wichtigsten Nettofinanziers dieses Nebenhaushalts der EU waren mit jeweils knapp 0,4 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung Irland, Deutschland, Dänemark, die Niederlande und Schweden.

IW-Report 48/2023

Berthold Busch, Björn Kauder, Samina Sultan:
Wohin fließt das Geld aus dem EU-Haushalt?
iwkoein.de/eu-haushalt

Die Kosten von Krankheit

Entgeltfortzahlung. Unternehmen haben im Jahr 2022 laut einer IW-Schätzung so viel für krankgeschriebene Angestellte gezahlt wie nie zuvor – und die Kosten werden voraussichtlich weiter steigen.

Wenn Mitarbeitende erkranken, wirkt sich das nicht nur auf die betrieblichen Abläufe aus, sondern auch auf die Arbeitskosten. Schließlich bekommen die Beschäftigten in den ersten sechs Krankheitswochen ihr Gehalt wie gehabt vom Arbeitgeber, der für sie auch weiter seinen Anteil in die Sozialversicherungen einzahlt. Erst danach springt die Krankenkasse mit dem Krankengeld ein. Diese Regelung geht für die Betriebe ins Geld (Grafik):

Im Jahr 2022 gaben Arbeitgeber in Deutschland geschätzt 70,2 Milliarden Euro für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall aus – so viel wie nie zuvor.

Während die Ausgaben der Arbeitgeber zwischen 2019 und 2021 annähernd konstant blieben, stiegen sie im vergangenen Jahr um rund 6 Prozent. 58,4 Milliarden Euro der Gesamtsumme entfielen auf die fortgezahlten Bruttogehälter, 11,8 Milliarden Euro führten die Unternehmen an Sozialversicherungsbeiträgen für krankgeschriebene Angestellte ab.

Für den Kostenanstieg gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen waren die Arbeitnehmer in Deutschland 2022 häufiger krank. Mediziner erklären das damit, dass die Bevölkerungsimpunität gegen Atemwegserkrankungen während der Coronapandemie gesunken ist.

Zum anderen steigen die Bruttoentgelte nominal mit jeder Lohnrunde. Je höher das Gehalt, desto höher sind auch die Kosten für die Entgeltfortzahlung bei krankheitsbedingten Fehlzeiten – die Ausgaben der Arbeitgeber würden also selbst dann steigen, wenn Beschäftigung und Krankenstand konstant blieben.

Für das Jahr 2023 ist damit zu rechnen, dass der Gesamtbetrag weiter wächst – schon wegen der in diesem Jahr abgeschlossenen Tarifverträge mit verbesserten Konditionen für die Arbeitnehmer. Zusätzlich belasten die gestiegenen Lohnnebenkosten die Unternehmen. So müssen Arbeitgeber seit Juli einen höheren Pflegeversicherungsbeitrag für kinderlose Mitarbeitende abführen. Auch für die Arbeitslosenversicherung sind seit Beginn des Jahres 0,2 Prozentpunkte mehr fällig, für die gesetzliche Krankenversicherung durchschnittlich weitere 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte.

Was Krankheiten die Arbeitgeber kosten

So viele Milliarden Euro wendeten Arbeitgeber in Deutschland für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf

	Bruttoentgeltfortzahlung	Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber	Insgesamt
2010	31,3	6,4	37,7
2011	34,2	7,1	41,3
2012	38,6	7,7	46,3
2013	42,2	8,3	50,5
2014	42,3	8,4	50,7
2015	44,8	8,9	53,7
2016	48,3	9,6	57,9
2017	49,6	9,8	59,4
2018	53,6	10,5	64,1
2019	55,1	11,0	66,1
2020	54,6	11,0	65,6
2021	54,9	11,1	66,0
2022	58,4	11,8	70,2

2021: vorläufig, 2022: geschätzt
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber: einschließlich gesetzlicher Unfallversicherung;
Entgeltfortzahlung: ohne Mutterschutz

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 70/2023

Jochen Pimpertz: Kosten der Entgeltfortzahlung auf Rekordniveau – trotz Datenkorrektur

iwkoeln.de/entgeltfortzahlung-2023

Schwieriger Status quo

Fachkräfte. Deutschland ist aufgrund des demografischen Wandels auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Im Osten des Landes gibt es aber zwei Probleme: Zum einen haben Ausländer dort seltener einen unbefristeten Aufenthaltsstatus. Zum anderen zieht es Zugewanderte häufiger von dort nach Westdeutschland als in die umgekehrte Richtung.

Die Tesla-Gigafabrik im brandenburgischen Grünheide machte den Anfang. Mit den Chipherstellern Intel in Magdeburg und TSMC in Dresden wollen sich nun zwei weitere Weltkonzerne in Ostdeutschland ansiedeln. Sowohl für diese Großkonzerne als auch für kleinere Unternehmen gilt: Ohne geeignete Mitarbeiter geht es nicht. Aufgrund des demografischen Wandels ist Deutschland künftig mehr denn je auf ausländische Fachkräfte angewiesen. In Ostdeutschland sind die Voraussetzungen dafür, dass Zuwanderer einerseits kommen und andererseits dauerhaft bleiben, derzeit aber schlecht (Grafik):

Nur gut ein Drittel der Ausländer in den ostdeutschen Bundesländern hat einen unbefristeten Aufenthaltstitel.

Ganz anders sieht es im Rest des Landes aus. In acht Bundesländern darf mehr als die Hälfte der Zuwanderer unbefristet bleiben.

Ein weiteres Problem für den Osten ist die Binnenmigration. Konkret: Im Jahr 2022 verließen mehr Ausländer die fünf Bundesländer Richtung Westdeutschland, als von dort zuzogen. Eine Erklärung: Menschen lassen sich bevorzugt da nieder, wo bereits Personen aus einem ähnlichen kulturellen und ethnischen Kontext leben. Das ist im Westen häufiger der Fall, liegt dort doch der Ausländeranteil mit fast 16 Prozent deutlich über dem im Osten mit knapp 6 Prozent.

Ein weiterer Grund können die Jobaussichten sein:

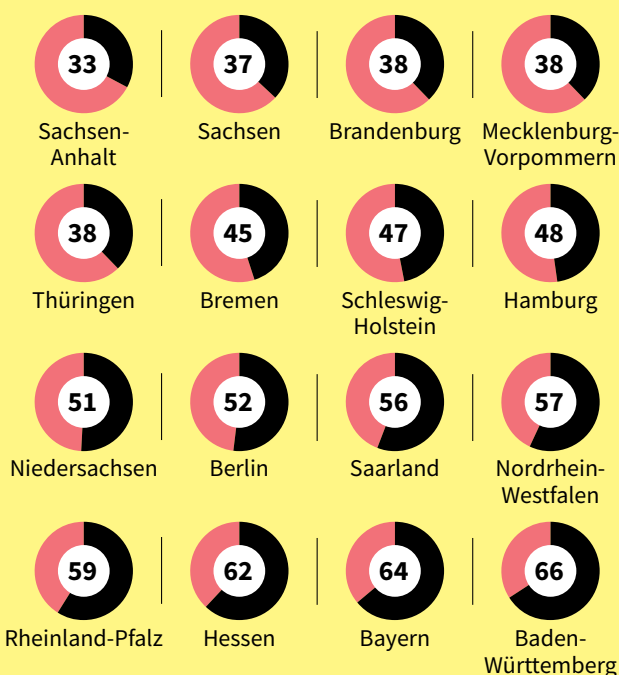
Die Arbeitslosenquote unter Ausländern beträgt in Ostdeutschland 18,5 Prozent, während in den westlichen Bundesländern lediglich 12,5 Prozent arbeitssuchend gemeldet sind.

Ein Lichtblick für den Osten ist, dass der Anteil der Migranten unter 20 Jahren an allen Zuwanderern im erwerbsfähigen Alter dort besonders hoch ist. Die Herausforderung wird es sein, diese jungen Menschen gut auszubilden und im jeweiligen Bundesland zu halten.

Generell geht es in den kommenden Jahren darum, ein Klima zu schaffen, in dem sich Zuwanderer willkommen fühlen – speziell in den ostdeutschen Bundesländern. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Politik, Unternehmen und Gesellschaft gleichermaßen. Die Ansiedlung von Großunternehmen ist dabei als Chance zu sehen, dass ausländische Fachkräfte sich vermehrt in Ostdeutschland niederlassen.

Aufenthaltsstatus: Im Osten mehr Ungewissheit

Anteil der Ausländer mit unbefristetem Aufenthaltsstatus an der gesamten ausländischen Bevölkerung in Prozent



Stand: Ende 2022

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



IW-Kurzbericht 59/2023

Simon Gerards Iglesias, Lennart Maaßen: Fachkräftelücke und Großinvestitionen – Der Osten braucht mehr Zuwanderung
iwkoeln.de/fachkräfte-ost

Flexibilität ist Trumpf

Erneuerbare Energien. Mit Solarenergie selbst Strom erzeugen und anschließend speichern – immer mehr private Haushalte in Deutschland nutzen diese Kombination. Günstigere Batteriespeicher beschleunigen den Trend. Die Politik muss nun den Rahmen schaffen, damit noch mehr Verbraucher zu Hause Energie erzeugen und speichern.

Deutschland hat sich bei der Energiewende ambitionierte Ziele bis zum Jahr 2030 gesetzt: Statt mit Kohle und Gas soll der Großteil des Stroms dann mit Wind- und Solarenergie erzeugt werden.

Einfach wird das nicht, da die volatile Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien schon jetzt hohe

Anforderungen an die Stromnetze stellt. So benötigen diese stets eine konstante Netzfrequenz, das heißt: Die gesamte Stromerzeugung und der -verbrauch müssen sich die Waage halten. Bislang führen die erneuerbaren Energien häufig zu Spitzen im Netz, etwa an sehr sonnigen oder windigen Tagen. Muss dann

der Strom bei gleichzeitig hoher Nachfrage über lange Distanzen zu den Verbrauchern transportiert werden, kann das Netz an seine Grenzen kommen. Die Folge: Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien müssen abgeschaltet werden.

Daher wird es mit zunehmendem Ausbau der Erneuerbaren immer wichtiger, Strom möglichst verlustfrei zu speichern. Optionen dafür gibt es mehrere. Wasserstoff soll perspektivisch eine große Rolle für die längerfristige Speicherung spielen. Pumpspeicher dienen heute schon als Kurzzeitspeicher. Batteriespeicher sind ebenfalls vielfältig im Einsatz – und das überwiegend in privaten Haushalten mit Photovoltaikanlagen (Grafik):

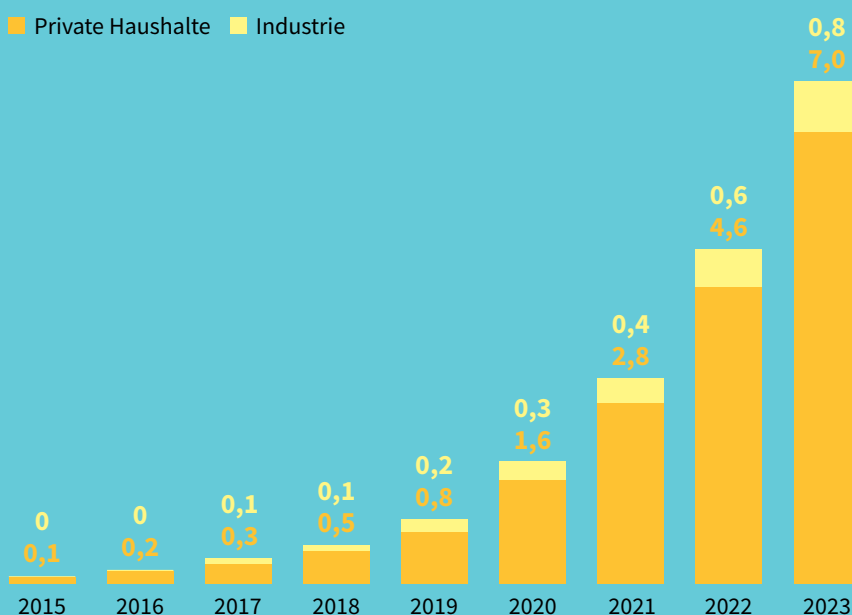
Die Kapazität von privat betriebenen Photovoltaik-Batteriespeichern stieg in Deutschland von 0,1 Gigawattstunden im Jahr 2015 auf sieben Gigawattstunden zur Jahresmitte 2023.

Das entspricht in etwa dem Halbjahresverbrauch einer Kleinstadt mit 3.000 Einwohnern.

Dazu kommen 0,8 Gigawattstunden aus Batteriespeichern des Industriesektors und rund 0,7 Gigawattstunden aus Batteriespeichern, die nicht an eine Photovoltaikanlage gekoppelt sind.

Solarenergie: Speicherkapazität wächst

Photovoltaikanlagen inklusive Batteriespeicher mit so vielen Gigawattstunden Kapazität waren in Deutschland zum Ende des jeweiligen Jahres verbaut



2023: erstes Halbjahr

Quelle: Bundesnetzagentur
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Im ersten Halbjahr 2023 sind rund 221.000 Batteriespeicher in Deutschland installiert worden. Ihre Gesamtkapazität liegt bei knapp 2,4 Gigawattstunden – das sind bereits 5 Prozent mehr, als im ganzen Jahr 2022 in Betrieb genommen wurden. Und auch der Anteil der Kombination aus Solaranlage und Speicher steigt:

Während 2015 nur jede vierte neue Photovoltaikanlage mit einem Batteriespeicher kombiniert wurde, war es im Jahr 2023 bislang rund jede zweite.

Für diese Entwicklung gibt es zwei zentrale Gründe: Zum einen sind die Strompreise durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hoch und bleiben es auch auf absehbare Zeit. Zum anderen ist das Angebot für Verbraucher attraktiver geworden (Grafik):

Die Kosten für Lithium-Ionen-Batterien sind seit dem Jahr 2013 von 732 Dollar pro Kilowattstunde Leistung auf 151 Dollar im Jahr 2022 gefallen.

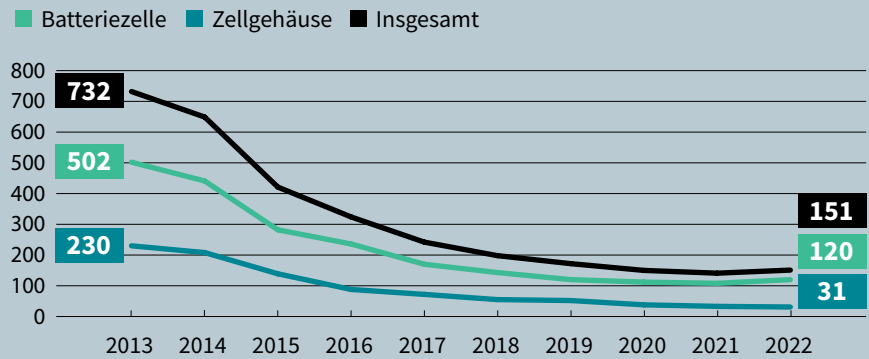
Diese Batterien bilden für mehr als 95 Prozent der Batteriesysteme die technische Basis.

Für Haushalte mit Solaranlagen auf dem Dach lohnen sich Batteriespeicher bisher vor allem für den Eigenverbrauch. Gut abgestimmt lässt sich die Verbrauchsquote für den eigenen Strom selbst mit einem kleinen Speicher von 30 auf bis zu 60 Prozent steigern. Für Inhaber von Balkonsolaranlagen lohnt sich der Kauf eines Batteriespeichers aufgrund der geringen Solarstromerzeugung dagegen nicht.

Zwar sind die privaten Speicherkapazitäten im Vergleich zum Volumen der Pumpspeicherkraftwerke oder den Ladekapazitäten der Elektroautos noch klein. Doch das Wachstum auf dem Batteriespeichermarkt ist unverkennbar und es ist absehbar, dass es sich auch in den kommenden Jahren weiter fortsetzt.

Akkus: Die Preise fallen

Durchschnittspreis für Lithium-Ionen-Akkus pro Kilowattstunde Leistung in Dollar, inflationsbereinigt



Quelle: Bloomberg NEF
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Es bleibt aber das Problem der verlorenen Stunden der Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien, wenn das Netz an seine Grenzen gerät. Doch auch hier könnte ein Teil der Lösung in den privaten Energiespeichern liegen. Eine prognosebasierte, intelligente Steuerung der Batteriespeicher bietet nämlich das Potenzial, die Stromnetze signifikant zu entlasten; etwa dann, wenn die Speicher in Zeiten der höchsten Solarstromerzeugung geladen und die Lastspitzen im Stromnetz so reduziert werden.

Dazu braucht es aber Smart Meter, welche eine Vielzahl von Daten empfangen, sammeln und verarbeiten können.

Smart Meter sind demnach die Grundvoraussetzung für neue, dynamische Stromtarife.

Entsprechende Tarife würden zum einen dafür sorgen, dass die Besitzer von Stromspeichern von günstigen Preisen bei niedriger Nachfrage profitieren können, wenn sie zu dieser Zeit ihre Speicher füllen. Zum anderen werden ihnen auch Informationen darüber zugänglich gemacht, wann die Preise infolge hoher Stromnachfrage so weit

steigen, dass sie bei der Einspeisung des gespeicherten Stroms Gewinne erzielen können. Doch der Großteil der deutschen Privathaushalte ist immer noch mit alten Stromzählern ausgestattet, die die nötigen Informationen nicht abbilden können.

Dabei ist die Bevölkerung bereit, auf erneuerbare Energien zu setzen, wie bereits 2017 eine Befragung der Käufer von KfW-geförderten Batteriespeichern gezeigt hat: Als Hauptmotivation für den Kauf galt neben der Absicherung gegen hohe Stromkosten der eigene Beitrag zur Energiewende.

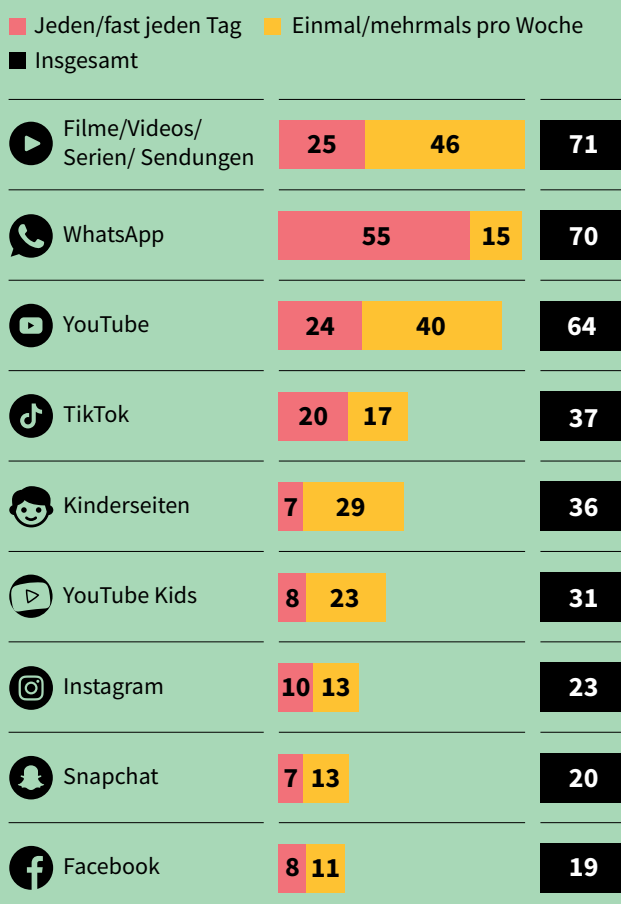
Die Aufgabe für die Politik besteht nun darin, die privaten Stromerzeuger so gut wie möglich zu unterstützen und die Digitalisierung der Energiewende voranzubringen. Das gilt insbesondere für schnellere flächendeckende Verbreitung von Smart Metern: Hier liegt Deutschland im internationalen Vergleich auf den hinteren Plätzen – im Jahr 2021 wurden etwa von insgesamt mehr als 50 Millionen Messstellen für Strom nur rund 160.000 mit intelligenten Messsystemen betrieben. Dänemark und Schweden waren 2021 schon voll ausgestattet.

Vernetztes Kinderzimmer

Mediennutzung. Kinder wachsen heutzutage wie selbstverständlich mit vielen verschiedenen Medien auf. Eine Studie zeigt, welche davon unter den 6- bis 13-Jährigen in Deutschland am beliebtesten sind und wieso das Surfen im jungen Alter problematisch sein kann.

Soziale Netzwerke bei Kindern im Trend

So viel Prozent der 6- bis 13-jährigen Internetuser in Deutschland nutzten im Jahr 2022 so oft diese Online-Angebote und Apps



Befragung von 854 Internetusern zwischen dem 2. September und 21. Oktober 2022
Kinderseiten: Internetseiten, die speziell für Kinder konzipiert wurden

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Auf dem Schulhof tippen sie eifrig Nachrichten auf ihrem Smartphone, in der Freizeit schauen sie gern Netflix und Co. und ihre Freundschaften entstehen zum Teil in sozialen Netzwerken – für immer mehr Kinder gehört „online sein“ ganz natürlich zum Leben dazu.

Mädchen und Jungen zwischen 6 und 13 Jahren in Deutschland sind immer besser mit Medien ausgestattet, wie die Studie „Kindheit, Internet, Medien“ (KIM-Studie) belegt, in der sowohl Eltern als auch Kinder befragt wurden (Grafik Seite 15):

Laut ihren Eltern waren Smartphones unter den Kindern im Jahr 2022 der am weitesten verbreitete Medienträger – knapp die Hälfte besitzt ein eigenes.

Im Jahr 2012 traf das gerade einmal auf knapp jedes zehnte Kind zu.

Auch Fernseher sind sehr verbreitet – etwa jedes dritte Kind besitzt ein klassisches Gerät. Dazu kommen noch weitere 9 Prozent, in deren Kinderzimmer sogar ein Smart-TV mit Internetzugang steht. Über einen eigenen Computer, Laptop oder ein Tablet verfügt ebenfalls rund jedes zehnte Kind.

Doch viele Kinder brauchen keine eigenen Geräte, denn sie können uneingeschränkt auch jene nutzen, die sich im Haushalt befinden. Das gilt in erster Linie für Fernseher, Smartphones und Laptops: Mindestens eines dieser Geräte besitzen alle befragten Familien.

Dementsprechend können 70 Prozent der Jungen und Mädchen zwischen 6 und 13 Jahren das Internet nutzen. Während der Anteil unter 6- bis 7-Jährigen nur bei 38 Prozent liegt, hat in der Altersgruppe der 12- bis 13-Jährigen nahezu jedes Kind einen Internetzugang. Dabei gilt:

Je älter die Kinder sind, desto häufiger können sie mit ihren eigenen Geräten im Netz surfen.

Und das geschieht oft unbeaufsichtigt: Knapp die Hälfte der Eltern gibt an, dass ihr Kind allein ins Internet gehen darf oder dürfte, rund jedes fünfte Kind hat sogar einen Internetzugang im eigenen Zimmer.

Und das eigenständige Surfen beginnt vermehrt schon bei den ganz Kleinen: Der Anteil der 6- bis 7-Jährigen, die Medien ohne Aufsicht nutzen, nimmt immer weiter zu: Rund 30 Prozent von ihnen sagen, eher alleine im Internet unterwegs zu sein, im Jahr 2012 waren es in dieser Altersgruppe nur 4 Prozent.

Die Altersbeschränkungen von diversen Online-Angeboten und Apps sind dabei kein Hindernis – auch diese Dienste nutzen viele Kinder regelmäßig (Grafik Seite 14):

Rund 71 Prozent der Kinder schauen sich im Internet regelmäßig Filme, Videos, Serien und Sendungen an. WhatsApp liegt mit 70 Prozent an regelmäßigen Nutzern nahezu gleichauf und steht bei der täglichen Nutzung sogar an erster Stelle.

Im Vergleich zur vorherigen Erhebung aus dem Jahr 2020 ist der Anteil der Kinder, die Filme, Videos, Serien und Sendungen online ansehen, um 9 Prozentpunkte gestiegen.

Im Trend liegt ebenfalls die Plattform TikTok, deren Nutzung sich im selben Zeitraum um 7 Prozentpunkte erhöht hat. Das Videoportal liegt unter den beliebtesten Kanälen auf dem vierten Platz.

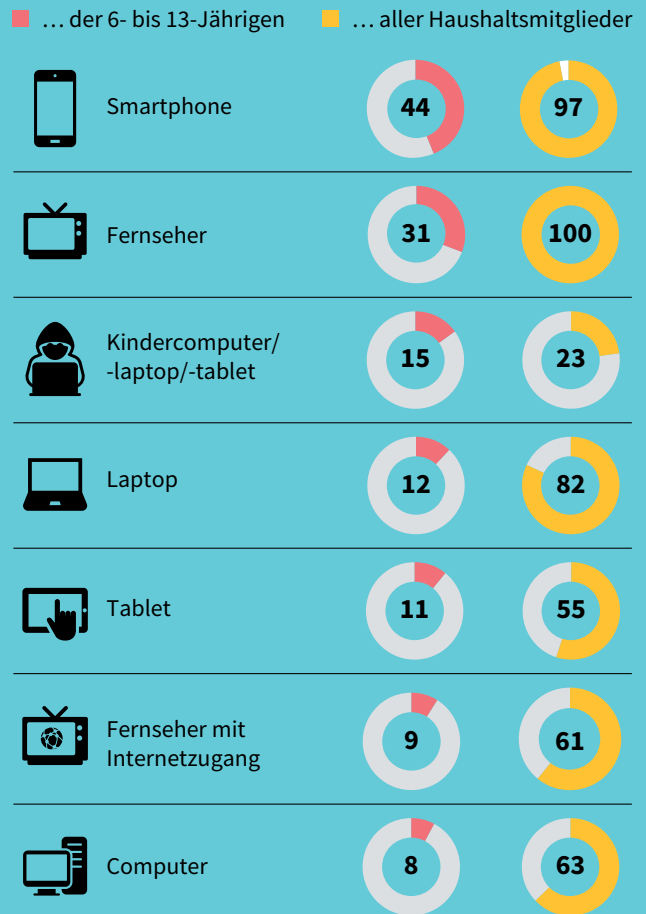
Zu den regelmäßigen Nutzern solcher Dienste zählen vor allem ältere Kinder: Während unter den 6- bis 7-jährigen Internetusern beispielsweise nur 6 Prozent auf Instagram surfen, sind es bei den Kindern ab 12 Jahren bereits 40 Prozent.

Bei TikTok macht sich diese Entwicklung schon deutlich früher bemerkbar: Unter 6- bis 7-Jährigen liegt der Nutzeranteil mittlerweile bei rund 11 Prozent, ab 12 Jahren nutzt sogar jedes zweite Kind das Videoportal. Die Ausnahmen sind Kinderseiten und YouTube Kids – jüngere Befragte nutzen diese Plattformen häufiger als ältere. Die kinderfreundliche Alternative YouTube Kids liegt aber im Ranking deutlich hinter der gängigen YouTube-Version.

Zwar bietet die Medienwelt den Kindern eine breite Palette an Möglichkeiten, Neues zu entdecken und zu lernen – doch hinter den Angeboten lauern auch potenzielle Gefahren: Einige Inhalte sind nicht für junge

Kinder: Fast die Hälfte hat ein Smartphone

So viel Prozent ...
in Deutschland besaßen im Jahr 2022 diese Geräte



Befragung von 1.219 Elternteilen zwischen dem 2. September und 21. Oktober 2022

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest
© 2023 IW Medien / iwd



Menschen geeignet und können ihre Entwicklung gefährden – etwa, weil sie Gewalt zeigen.

Um Kinder vor schädlichen Einflüssen zu schützen, hat der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest die Internetseite „medien-kindersicher.de“ ins Leben gerufen. Das Portal bietet einen Überblick über verschiedene Jugendschutzlösungen sowie Anleitungen für die beliebtesten Netzwerke und gibt Eltern damit eine Hilfestellung.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche

Um 27 Prozent



hat sich Bioweizenmehl von Anfang 2022 bis Mitte 2023 laut Daten der Preisvergleichs-App smhaggle verteuert. Die Preise für konventionell hergestelltes Weizenmehl sind mit 76 Prozent fast dreimal so stark gestiegen. Auch die Preise für konventionell produzierten Joghurt, Hackfleisch und Vollmilch haben zuletzt deutlich stärker angezogen als ihre Bioalternativen. Insgesamt verteuerten sich laut Agrarmarkt Informations-Gesellschaft im Jahr 2022 Frischeprodukte wie Brot, Gemüse, Obst, Eier, Fleisch, Wurst und Milch in Bioqualität um 6,6 Prozent, bei den konventionellen Waren betrug die Preissteigerung rund 12 Prozent. Das geringere Preisplus bei Biolebensmitteln hängt vor allem damit zusammen, dass Ökobetriebe unabhängiger von aktuellen Krisen sind. Regional ausgerichtete Wertschöpfungsketten sorgen nicht nur für kürzere Transportwege, sondern auch für stabilere Preise.

Trotzdem sind die meisten Bioprodukte noch immer teurer als ihre Pendanten ohne Siegel. So lag der Bioaufpreis für Weizenmehl laut smhaggle-Daten im Frühjahr 2023 bei 20 Prozent. Für Biohackfleisch und Biojoghurt zahlten Käufer 50 Prozent respektive 40 Prozent mehr als für ihre jeweiligen konventionellen Gegenstücke.

IW-Kurzbericht

Adriana Neligan, Armin Mertens: Inflationsdämpfer Bio-Lebensmittel
iwkoeln.de/biolebensmittel

Top-Liste: Verkehrsverstöße

Deutschland, das Land der Dichter und Denker – und der Verkehrsrowdys? Das Kraftfahrt-Bundesamt hat für das Jahr 2022 insgesamt gut 4,1 Millionen Straftaten und schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten im Verkehrssektor gemeldet. Fast sechs von zehn im Fahreignungsregister eingetragenen Verstößen beruhen auf zu schnellem Fahren; unerlaubte Handynutzung am Steuer und nicht beachtete rote Ampeln sind jeweils der Grund für knapp 10 Prozent der Einträge. Über alle Bundesländer hinweg brechen die Brandenburger die Verkehrsregeln am häufigsten – je 1.000 Einwohner wurden im vergangenen Jahr knapp 77 Verstöße registriert. Kaum gesitteter ging es in Rheinland-Pfalz mit gut 72 Verkehrssünden zu. In Berlin mit viel Großstadt-, aber wenig Durchgangsverkehr kam es dagegen nur zu rund 32 Einträgen ins Fahreignungsregister je 1.000 Hauptstadtbewohner.

Verkehrssünder: Das Bundesländer-Ranking

Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Verkehr, die zu einem Eintrag ins Fahreignungsregister führten, im Jahr 2022 je 1.000 Einwohner

